

Erscheint alle 14 Tage.
Wochens. Bezugspreis
1,50 Mk.
Zu beziehen im Verlag
„Die Eiche“, Berlin
NO 55, Greifswalder
Straße 222.

Die Eiche

Anzeigen für die sechs-
gewaltene Beitzelle
20 Pfg.
Arbeitsmarkt 15 Pfg.
Ortsvereinsanzeigen
10 Pfg.

Organ des Gewerksvereins der Holzarbeiter Deutschlands (S.-D.)

Nr. 9/10

Berlin, den 6. März 1931

42. Jahrg.

Fernsprechamt
Alexander 4719

Alle Zuschriften für „Die Eiche“ an P. Volkmann, Greifswalder Straße 222. Alle für das Hauptbüro des Gewerksvereins bestimmte Postfächer sind zu adressieren: Gewerksverein der Holzarbeiter Deutschlands, Berlin NO 55, Greifswalderstr. 222. Sämtl. Geldsendungen an M. Schumacher, Berlin NO 55, Greifswalderstr. 222, Postcheckk. 39321 beim Postcheckamt Berlin NW 7

Fernsprechamt
Alexander 4719

Es geht ums Ganze.

Die organisierte deutsche Arbeitnehmerschaft hat von jeher einen dauernden erbitterten Kampf um ihre Rechte führen müssen. Die soziale Gesetzgebung war immer ein Dorn im Auge gewisser Gruppen und die Arbeitnehmer haben ständig wachen müssen, daß die wenigen Rechte nicht geschmälert, ja ganz genommen werden. Es gibt Leute, die den kulturellen Aufschwung der Arbeitnehmerschaften einjährig nicht vertragen können, die alle Hebel in Bewegung setzen, um die Arbeitnehmer wieder kulturell herabzubringen. Diese Zeit der schweren und langanhaltenden Wirtschaftskrise scheint diesen reaktionären Kräften besonders geeignet zu sein, ihre finsternen Pläne durchzuführen. Die Arbeitnehmer sollten diese Tatsache nicht leicht nehmen, es liegt System in der Sache.

Wer die Unternehmerpresse genau verfolgt, wer des öfteren auf der Bahn fährt, wird ständig beobachten können, wie planmäßig die Sache aufgeblasen ist. Die wahren Ursachen der Wirtschaftskrise und alle wirtschaftspolitischen Vorgänge werden in unerhörter Weise verschleiert und entstellt. Alle Not wird in Beschuldigungen der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften umgewandelt. Für die sich täglich mehr offenbarenden Schäden einer seit Kriegsende mit fanatischer Kurzsichtigkeit betriebenen Wirtschaftspolitik werden Sündenböcke gesucht. Und Menschenmassen, denen man alle Lasten aufbürden kann.

Für die Wirtschaftskrise und alle Schäden macht man in erster Linie die bisher betriebene Lohnpolitik der Gewerkschaften verantwortlich. Immer wieder wird das Märchen von den angeblich außergewöhnlich hohen Löhnen der deutschen Arbeitnehmer aufgetischt. Das Geschrei nach Lohnabbau wird in verstärktem Maße erhoben. In verblassender Kurzsichtigkeit wird die Kaufkraft der Massen zerstört und die Absatzmöglichkeiten verringert.

Nichts ist mehr geeignet, den ganzen Unfian der heutigen Wirtschaftspolitik zu kennzeichnen, als dieser Angriff auf die Tariflöhne, da das breite Publikum von der Parole „Lohnsenkung“ auch einen Abbau der Preise erwartet, der aber bisher nicht erfolgt ist und voraussichtlich auch nicht erfolgen wird.

Der Angriff auf die Tariflöhne ist aber auch deshalb unsinnig, weil er eine neue Drosselung der Kaufkraft der arbeitenden Schichten und damit einen Rückgang des Konsums bewirkt. In Wahrheit ist ja bereits in den Jahren 1928 und 1929, was viel zu oft bei der Behandlung dieser ganzen Fragen übersehen wird, eine erhebliche Senkung des Lohnniveaus eingetreten, und zwar durch den Abbau der Akkordlöhne, der Leistungszuschläge und der Sondervergütungen, der in fast allen Industrien durchgeführt ist.

Der Abbau der Tariflöhne trifft also den Arbeitnehmer nunmehr in seinem eigentlichen Arbeitseinkommen und darum ist diese ganze Bewegung so außerordentlich gefährlich.

Wie groß dieser sogenannte „alte Abbau“ der Löhne durch die angebotenen Maßnahmen war, kann man daraus ersehen, daß Ende 1928 die Löhne im Durchschnitt 15 Prozent über den Tarifen lagen. Im Herbst 1929 setzte dann allmählich der Druck auf die Akkordlöhne ein. Hand in Hand damit ging überall der Abbau der anderen tariflichen Verdienste. Weiter wurden nach und nach die Ueberstunden abgeschafft und Kurzarbeit an vielen Orten eingeführt.

Ungefähr im November 1930 waren diese Maßnahmen zu einem gewissen Abschluß gelangt. Der Erfolg: alle genannten Faktoren bewirkten zusammen im Durchschnitt einen Lohnabbau von 10 Prozent, d. h. Ende 1930 war bereits eine Lohnsenkung von ungefähr 10 Prozent durchgeführt.

Der Abbau der übertariflichen Löhne wurde infolge der großen Arbeitslosigkeit, wenn auch widerstrebend von der Arbeiterschaft hingenommen. Schlimmer wurde die Lage erst, als ganz Ende des vorangehenden Jahres die ersten Einbrüche in die Tariflöhne erfolgten, was daß sich auch die entsprechenden Kompensationen bei dem

Preisabbau eingestellt hätten. Die Kündigung der Tarife erfolgte auf der ganzen Linie. Im Reichsarbeitsministerium und in den Schlichtungsstellen setzte eine kaum dagewesene Hochkonjunktur ein, ein Gewerbe wurde beim Lohnabbau gegen das andere ausgespielt, überall wurden die Tariflöhne abgebaut. Zugleich setzte aber auch eine Erbitterung in Arbeitnehmerkreisen ein, wie sie wohl kaum jemals zu verzeichnen gewesen ist. Das Unternehmertum hat mit diesem Vorgehen eine Saat gesät, die früher oder später nicht zum Wohle der deutschen Wirtschaft aufgehen wird.

Die ganze Lage ist außerordentlich ernst, sie wird dadurch nicht behoben, wenn immer wieder die falsche Behauptung aufgestellt wird, daß die deutsche Lohnhöhe und die deutsche Sozialpolitik die Wirtschaft in die heutige Lage gebracht haben. Und es ist das Gegenteil der Tatsache, wenn der Arbeitgeberverbandsführer Dr. Springorum behauptet, die Ueberationalisierung sei vor allem durch zu hohe Löhne und unerträgliche Soziallasten bedingt worden. Damit will man die Rationalisierungsmanie entschuldigen, mit der man achtzigtausend Hunderttausende von Menschen freisetzt, ohne sich gewissermaßen die Konsequenzen der manchmal geradezu spielerisch erhöhten Produktionsfähigkeit, der erhöhten Arbeitslosigkeit mit der Schwächung der Massenkaufkraft, der erhöhten Arbeitslosenversicherungslasten, des zu großen in Neuanlagen investierten Kapitals ohne Aussicht auf wesentliche Vergrößerung der Erzeugung und damit schlechte Verzinsung zu überlegen.

Mag Röstiger hat ohne Zweifel recht, wenn er im GDA schreibt: Man hat betriebspolitisch gedacht, wo man als Führer hätte volkswirtschaftlich handeln sollen. Und das alles hat man durch die Preis- und Absatzpolitik der Kartelle, Interessengemeinschaften und Fusionen aller Art direkt und indirekt begünstigt und durch zollpolitische Forderungen, die man durchzusetzen verstand, untermauert.

Immer wieder! Die Wirtschaft, die den Gedanken der freien Konkurrenz immer mehr verleugnet, hat kein Recht, an allen Straßenecken pharisäisch nach mehr „Freiheit der Wirtschaft“ zu rufen, und es wird eine Annäherung ersten Ranges, wenn sie darunter nur die Freisetzung des Lohnes durch Beseitigung des Schlichtungsweises und durch die Herabsetzung der sozialen Beiträge versteht.

Alle Hebel werden von der Wirtschaft in Bewegung gesetzt, und geschickt bedient man sich sogar politischer Bewegungen, um unter tönendem Decknamen das Ziel zu erreichen. Zu gleicher Zeit stehen tausende und Wertausende Arbeitnehmer abseits ihrer kämpfenden Kolleginnen und Kollegen und tun so, als ob sie das gar nichts angehe.

Wir stehen noch so tief in der Krise, weil wir eine so unentschlossene, gesellschaftspolitisch rückwärtsgerandete Wirtschaftsführerschaft haben. Wer mußte die Lage besser erkennen, die Arbeitgeberchaft oder die Arbeitnehmerschaft? Man kann nicht ohne Schaden für alle jahrelang abwartend und verzögernd Preisabbau betreiben.

Daß sich die deutsche Arbeitgeberchaft zu Beginn der Preisabbauaktion nicht an die Spitze der Bewegung gestellt hat, um schnell und kräftig auf der ganzen Linie zu entwickeln, was jetzt mit Hängen und Würgen sich nicht entwickeln will, ist ihre sichtbarste Schuld.

Nur, weil man wie hypnotisiert auf das „zu hohe“ Arbeitnehmereinkommen starrte und aus dem Bewußtsein sein des „länger Aushaltenkönnens“ war das möglich. Und weil man gar nicht ernstlich daran denkt, die Schwachstellen der eigenen Wirtschaftspolitik zuzugeben. So ist, während das ganze Land nach Massenkaufkraft schreit, wie trodenes Land nach Wasser, der Generalangriff auf das Arbeitnehmereinkommen zustande gekommen. Als Ausnahmungsmandat bis zum erhofften Wiedereintritt besserer Konjunktur. Der Preisabbau ist so gut wie verfehlt. Das auszuspochen ist keine Unterhöhlung der Regierungseinsparungen. Wenn überhaupt die Aktion noch gerettet werden soll, brauchen wir so etwas wie eine Volksbewegung für endlichen, schnellen und durchgreifenden Preisabbau. Wenn jemand Sabotage des Preis-

abbaues betrieben hat, dann die Wirtschaftsführer, die den Kern des Problems auf zahllosen Tagungen verbunkelt und alle Regierungsmaßnahmen mit passiver Resistenz oder skeptischer Betrachtung aufgenommen haben.

Am Ende steht die herabgedrückte Lebenshaltung des deutschen Arbeitnehmers, die damit weiter verschlechterte Beschäftigungsfrage der Gesamtwirtschaft und ein neuer, „aus der Not heraus geborener“ Angriff auf Lohn und Gehalt.

Im Schatten dieser Entwicklung sollen der Redaktion als Nebenprodukte in den Schoß fallen: die Verschlechterung der sozialen Einrichtungen, eine immer ungerechter werdende Steuerverteilung und die Schwächung der Arbeitnehmermitbestimmung in der Wirtschaft.

Die soziale Bewegung möglichst um die letzten zehn Jahre zurückzuschrauben ist das uneingestandene Ziel der Reaktion.

Es geht ums Ganze, darüber sollte sich nach allen Vorgängen die Arbeitnehmerschaft einig sein. Fort mit aller Zerrissenheit, fort mit aller politischen und wirtschaftlichen Verbeugung, stellen wir dem geschlossenen Unternehmertum eine einige entschlossene Arbeitnehmerschaft entgegen. Nur so wird und kann es gelingen, die finsternen Pläne der Reaktion abzuwenden.

Zur Lohn- und Tarifvertragsbewegung im Holzgewerbe.

Als die Verhandlungskommission am 14. Februar das Reichsarbeitsministerium verließ, war man sich darüber klar, daß der letzte Versuch auf zentraler Grundlage eine Verständigung im Holzgewerbe herbeizuführen, als endgültig gescheitert zu betrachten sind, die organisatorischen Schwierigkeiten innerhalb des Arbeitgeberverbandes waren offenbar größer als der Außenstehende annehmen konnte.

Das Scheitern der zentralen Verhandlungen bedeutete nun keineswegs Aufgabe des Tarifvertragsgedankens, das Gegenteil ist hier der Fall, geht es nicht zentral, dann muß eine Verständigung auf der Grundlage bezirklicher Vereinbarungen angestrebt werden. Das ist alles schon dagewesen, wir haben die Lohn- und Arbeitsbedingungen schon bezirklich wie auch zentral geregelt. Dabei machen wir kein Hehl aus unserer grundsätzlichen Auffassung, daß wir es nach wie vor als ein erstrebenswertes Ziel ansehen, die Lohn- und Arbeitsbedingungen zentral zu regeln. Wir bestehen nicht unter allen Umständen darauf, wenn eben die organisatorischen Schwierigkeiten im Arbeitgeberverband nicht zu meistern sind, dann muß es auf bezirklicher Grundlage zu Vereinbarungen kommen, wobei es selbstverständlich ist, daß der bisher bestandene Mantelvertrag die Grundlage für eine bezirkliche Vereinbarung bilden muß. Der Mantelvertrag ist nicht aus den augenblicklichen Verhältnissen entstanden, es ist vielmehr ein Produkt langjähriger Erfahrungen, die in monatlichen Beratungen in eine Form gegossen sind, wobei vorher von Arbeitgebern wie Arbeitnehmern das Material sorgfältig gesichtet worden ist. Es ist ja eine Mär und eine vollständige Verleumdung der Tatsachen, wenn am Verhandlungstisch und auch in der Unternehmerpresse die Behauptung aufgestellt wird, der Mantelvertrag sei schuld an der schlechten Lage im Holzgewerbe, wir wollen an dieser Stelle auf die wahren Ursachen nicht eingehen, solche Behauptungen sind lediglich Produkte unreifen Nachdenkens.

Wir sind der Ansicht, daß sowohl der Vorstand des Arbeitgeberverbandes, wie auch die maßgebenden Führer der Bezirksverbände sich konsequent auf den Boden des Mantelvertrages stellen. Es ist daher nicht weiter verwunderlich, daß nach dem Scheitern der zentralen Verhandlungen der Landesverband Bayern als erster bezirkliche Vertragsverhandlungen verlangt. In ganz kurzer Zeit ist dann auch folgende Vereinbarung getroffen:

1. Der bisherige Mantelvertrag nebst Anhang für das deutsche Holzgewerbe tritt ab 16. Februar 1931 mit folgenden Änderungen wieder in Kraft:

§ 27 erhält folgende Fassung:

Die Betriebsvertretung hat in jedem Streitfall über die Lohnhöhe zu vermitteln. Ein Streit über die Lohnhöhe in diesem Sinne besteht nicht, wenn ein Lohn gezahlt wird, der unter der im § 20 festgesetzten Mindestgrenze liegt.

Die Vermittlung kann auch durch je einen Vertreter der örtlichen oder bezirklichen Vertragsparteien erfolgen. Gelingt diesen die Verständigung nicht, so haben sie einen unparteiischen Vorsitzenden zur Entscheidung hinzuzuziehen und innerhalb 8 Tagen eine Entscheidung zu treffen. Gelingt es nicht, sich über den unparteiischen Vorsitzenden zu einigen, oder kommt aus anderen Gründen eine Entscheidung in dieser Zeit nicht zustande, so steht den Parteien der Weg zum Arbeitsgericht frei.

Die Einleitung eines Streitverfahrens über die Lohnhöhe ist nur innerhalb 4 Wochen nach der Einstellung des Arbeitnehmers oder des Entstehens des Streitfalles zulässig. Diese Bestimmung gilt nicht für Streitigkeiten in Fällen, wo eine Entlohnung unter der Mindestgrenze nach § 20 vorliegt und nicht für die in den §§ 21 und 22 geregelten Fällen.

Entlassungen wegen Streitigkeiten über die Lohnhöhe dürfen nicht erfolgen, solange nicht das Vermittlungsverfahren abgeschlossen ist.

§ 32 Abs. 2 soll lauten:

Voraussetzung für die Anrechnung ist, daß durch die Wiederaufnahme der Arbeit im alten Betriebe eine 20 wöchige Tätigkeit vom Beginn des Kalenderjahres bis zum Ablauf der Ferienperiode erreicht wird.

Letzter Satz soll lauten:

In Betrieben oder Betriebsabteilungen, wo zur Zeit des Ferienantritts ununterbrochen mindestens 3 Monate verkürzt gearbeitet wurde, erfolgt die Berechnung nach dem Durchschnitt zwischen der vertraglichen und der verkürzten Arbeitszeit.

Protokollarische Erklärung zu §§ 28-32.

Ende März dieses Jahres wird eine paritätisch zusammengesetzte Kommission aus Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern zusammengetreten, die auf Grund der technischen Entwicklung eine Überprüfung der §§ 28-32 vornimmt. Die Kommission ist auch beauftragt, Betriebsbesichtigungen vorzunehmen.

B. Der bisherige Bezirksarbeitsvertrag für das Holzgewerbe in Bayern r. d. Rh. nebst Anhang zum Bezirksarbeitsvertrag tritt ab 16. Februar 1931 wieder in Kraft und gilt unverändert weiter.

Beide Verträge werden innerhalb 3 Wochen in einen Landesarbeitsvertrag für das Holzgewerbe in Bayern r. d. Rh. umgearbeitet. Dieser Vertrag gilt bis zum 15. Februar 1932. Wird er nicht von einer der beiden Parteien 3 Monate vorher, also erstmals am 15. November 1931 bis abends 6 Uhr schriftlich gekündigt, so behält er jeweils ein weiteres Jahr Gültigkeit.

Spätestens 4 Wochen nach der Kündigung müssen die Verhandlungen über etwaige Erneuerung des Vertrages aufgenommen werden.

C. Lohnsachverhalte.

1. Die Tariflöhne betragen ab 16. Februar 1931 in Ortsklasse II III IV V über 22 Jahre 110 104 98 93 Pfg

2. Alle bestehenden Stundenlöhne ermäßigen sich um den Betrag, der sich aus der Differenz zwischen dem alten, am 1. November 1929 geltenden, und dem neuen Tariflohn ergibt.

Die bestehenden Affordräge ermäßigen sich in allen Ortsklassen um 6 Prozent.

3. Sind nach dem 1. Januar 1931 während der tariflosen Zeit Kürzungen der bestehenden Stundenlöhne und Affordräge vorgenommen worden, so müssen diese Kürzungen angerechnet werden.

Bei der Berechnung der bezirklichen Lohnabelle werden Bruchteile von 0,5 Pfg. und darüber auf volle Reichspennige aufgerundet, jedoch beträgt der Tariflohn in München einschließlich der Ortszulage 115 Pfennig.

4. Diese Lohnregelung gilt bis 14. August 1931. Wird sie nicht von einer der beiden Parteien 6 Wochen vorher, also erstmals am 3. Juli 1931 bis abends 6 Uhr schriftlich gekündigt, so behält sie jeweils weitere 6 Wochen Gültigkeit.

München, den 17. Februar 1931.
gez. Unterschriften.

Bestimmungen über die Wiederaufnahme der Arbeit.

Die Wiederaufnahme der Arbeit erfolgt ab Mittwoch, den 18. Februar 1931.

Die Einstellung der Arbeitnehmer erfolgt nach Maßgabe der wirtschaftlichen Möglichkeiten der Betriebe.

Neue Arbeitskräfte werden erst eingestellt, wenn die vor dem 16. Januar 1931 beschäftigt gewesenen Arbeitnehmer wieder im Betrieb sind.

Das Arbeitsverhältnis gilt nicht als unterbrochen, Maßregelungen finden nicht statt.

München, den 17. Februar 1931.
gez. Unterschriften.

Auf ähnlicher Grundlage ist in Köln und Hamburg eine Verständigung erzielt worden.

Die Firma A. S. Meyer Aktiengesellschaft zu Langenscheidt hat die nicht dem Arbeitgeberverband angehörenden Arbeiter über Kartellvertrag und Lohnabkommen anerkannt. Beide sind beiderseitig genehmigt. Auf dem Verhand-

lungswege ist es auch hier zu einer Betriebsvereinbarung gekommen.

Besonders schwierig gelagert sind die Verhältnisse in Stolp i. Po. Hier gehören die Arbeitgeber des Holzgewerbes einem gemischt gewerblichen, dem sogenannten Ostpreussischen Arbeitgeberverband an. Trotz der gerade an diesem Orte so überaus zahlreich geführten Lohnkämpfe, steht die Entlohnung gegenüber den Löhnen im Reich an letzter Stelle. Trotzdem klagen die Unternehmer über angebliche Konkurrenz im Reich. Man kennt diese Klagen, sitzt man in Berlin am Verhandlungstisch, dann wird über die schwere Konkurrenz von Stolp geklagt. Richtig ist, daß durch die entrissenen Gebiete durch Polen, Stolp Grenzgebiet geworden ist und der Industrie wertvolle Absatzgebiete verloren gegangen sind. Das steht aber mit der Entlohnung in keinem Zusammenhange und man kann es nur verstehen, wenn die Stolper Holzarbeiter dem Abbau der an und für sich schon so niedrigen Löhne den heftigsten Widerstand entgegensetzen. Seit 8 Tagen vor Weihnachten kämpften diese Kollegen einen erbitterten Abwehrkampf, zumal Stahlhelmlente ihnen als Arbeitswillige in den Rücken gefallen sind. Der Schlichter hat schließlich eingegriffen und hat einen Schiedsspruch gefällt, der einen Lohnabbau von 5-6 Pfennig vorsieht. Trotz der niederen Entlohnung haben die Arbeitnehmer notgedrungen den Schiedsspruch angenommen, die Arbeitgeber jedoch abgelehnt. Der Schlichter für Pommern hat schließlich diesen Spruch für verbindlich erklärt.

Damit ist dieser Kampf entschieden. Auf einen wunden Punkt sei hierbei hingewiesen, das ist das Verhalten der Reichseisenbahnverwaltung. Bei der Verhandlung über die Verbindlichkeit brachen die Arbeitgeber ein Schreiben der Bahnverwaltung zum Vorschein, indem eine Haltung zum Ausdruck kam, die unter allen Umständen die schärfste Verurteilung erfahren muß. Den Unternehmern der Grenzgebiete wird bekanntlich eine gewisse Frachvergünstigung gewährt. Die Stolper Unternehmer hatten nun beantragt, daß ihnen diese Vergünstigung nicht nur für Waggonladungen und für kurze Strecken, sondern für Stückgut und für weitere Entfernung gewährt wird. Darauf hat die Reichseisenbahnverwaltung geantwortet: „Wenn die Stolper Arbeitgeber in der Lage sind, die Löhne ihrer Arbeiter zu erhöhen, liegt keine Veranlassung zur Gewährung einer weiteren Frachtermäßigung vor.“

Wir fragen: Was gehen der deutschen Reichseisenbahnverwaltung die Stolper Löhne an.

Der Schlichter, der die Verbindlichkeit des Schiedspruchs ausgesprochen hat, hat diese Tatsache in seiner Begründung erwähnt und dem Reichsarbeitsminister darüber Bericht erstattet.

In andern Teilen des Reichs ist der Abwehrkampf noch in vollem Gange. In Brandenburg ist es noch nicht zu einer Verständigung gekommen, ebensowenig in Schlesien, während in Zeitz eine Vereinbarung getroffen worden ist. In Gr.-Berlin ist es noch zu keiner Verständigung gekommen. Der Schlichtungsausschuss hat erneut eingegriffen und ist am Freitag, dem 27. Februar den ganzen Tag verhandelt worden, wobei die Sache sich wieder den Luxus getrennter Verhandlung erlaubte. Der Schlichtungsausschuss will nun über Lohn- und Mantelvertrag einen Schiedsspruch fällen, der von den Parteien angenommen oder abgelehnt werden kann. Nach Lage der Verhältnisse zweifeln wir nach wie vor an dem Zustandekommen einer tariflichen Regelung.

In der Berliner Musikinstrumentenindustrie ist es bisher zu keiner Verhandlung gekommen.

70 Jahre.



Am 24. Februar hat Gustav Hartmann seinen 70. Geburtstag gefeiert. Die Zahl der Gratulanten war groß. Neben den Vertretern aller Ringorganisationen, die Vertreter seiner politischen Richtung und der Vorsitzende sowie der Geschäftsführer der demokratischen Landtags-

fraktion. Selbst Handelsminister Schreiber war persönlich erschienen; ein Zeichen, wie die Tätigkeit Hartmanns überall gewürdigt und seine Person geehrt wird.

Wir ehren den Vorsitzenden des Verbandes und des Gewerkschaftsrings, wir ehren aber auch den treuen Freund und Lebenskameraden, der mehr als ein Menschenalter in selbstloser Weise die Interessen der Arbeiterschaft vertreten hat.

Am 28. 3. 1879 fand Hartmann schon in seiner Geburtsstadt Görlitz den Weg zur Organisation. Seine Wanderjahre führten ihn auch nach Düsseldorf. Als 24-jähriger wurde er dort in den Vorstand des Ortsvereins der Maschinenbau- und Metallarbeiter Düsseldorf I gewählt und hat seit dieser Zeit an führender Stelle gestanden. Unser Ortsverein der Tischler in Düsseldorf hatte in der Person Gustav Hartmann einen guten Freund und Berater. Der glänzende Redner wurde von uns, die wir noch in den Anfängen der Bewegung standen, als der „ruhende Pol in der Erscheinung Flucht“ angesehen. Anfang 1894 lernte ich Hartmann in der „Volkswirtschaftsschule der deutschen Gewerkschaften“ in Düsseldorf kennen. Dort war er der Lehrer, der den jüngeren Gewerkschaftsmittgliedern die Kenntnisse über die deutsche Arbeiterbewegung im allgemeinen und über die Gewerkschaften im besonderen beibrachte. Das war eine schöne Zeit, an die wir uns noch gern erinnern. Idealismus und Optimismus, Opferfreudigkeit und Ueberzeugungstreue war bei allen vorhanden. Wenn Gustav Hartmann, der damals schon unbesoldeter Agitationsleiter in seinem Gewerkschaftsverein war, über den Verlauf der Versammlungen berichtete, die er außerhalb Düsseldorfs besucht hatte, dann hatten wir alle den Wunsch ihm nachzueifern. Es war die Zeit, wo die Auseinandersetzungen mit den Gegnern in öffentlichen Versammlungen stattfanden. Das eiserne Lohngesetz, Verelendungstheorie, der Wert des Tarifvertrages und viele andere Dinge, die heute nicht mehr strittig sind, waren damals Gegenstand gründlicher Erörterung. Fond in Eller oder Geresheim oder an einem anderen Ort außerhalb Düsseldorfs eine Versammlung statt, so war es selbstverständlich, daß wir alle zu Fuß mitgingen; an eine Entschädigung hat kein Mensch gedacht, es war uns Herzenssache.

Dem Einfluß und dem Ansehen von Gustav war es zu danken, daß auch außerhalb unserer Bewegung stehende Persönlichkeiten in der Volkswirtschaftsschule als Lehrer mitwirkten. Durch unser Wissen auf allen Gebieten gefördert. Unbestritten sind aus dieser Schule eine große Anzahl Führer der Gewerkschaften hervorgegangen, die zum größten Teil, so weit sie noch leben, heute schon zur älteren Generation gehören. Mehr oder weniger ist Gustav Hartmann für alle ziel- und wegweisend gewesen. Er hatte den Vorzug, die Dinge so darzustellen, daß auch der weniger fortgeschrittene Arbeiter es begreift; der laute Charakter und sein offenes Wesen imponierte die Zuschauer immer, das darf man auch bei Gelegenheit des Geburtstages konstatieren. In dem 37 Jahren persönlicher Bekanntschaft ist kein einziger Fall von persönlichen Differenzen vorgekommen. Für diejenigen, welche die Kämpfe in den 20 Jahren vor dem Kriege nicht mitgemacht haben, sei nur bemerkt, daß in der damaligen Zeit schon ein Mut dazu gehörte, unbesoldeter Führer in der Arbeiterbewegung zu sein. Das waren die bestgehabtesten Menschen, deren Existenz jeden Tag auf dem Spiele stand. Und wenn jemand wie Hartmann sich trotz aller Entbehrungen in den schwierigsten Situationen durchgesetzt hat und heute von allen, die ihn kennen, geehrt und geachtet wird, so zeugt das dafür, daß er seine Pflicht bis zum äußersten getan hat, das ist auch in der Vergangenheit von seinen Kollegen stets anerkannt worden. So lange er im Arbeitsverhältnis stand, wurde er als Delegierter zu den Tagungen seines Gewerkschaftsvereins sowohl auch zu den Verbandstagen entsandt. 1899 wurde er ins Hauptbüro berufen, wo er die Stelle als stellvertretender Hauptkassierer und später als Hauptgeschäftsführer bekleidete. 1905 wurde er Vorsitzender des Zentralrats und 1916 Verbandsvorsitzender.

Seit 1918 ist Hartmann sozialpolitischer Referent im Preussischen Handelsministerium. Als im Jahre 1920 der Gewerkschaftsring gegründet wurde, übertrug man ihm den Vorsitz, den er noch heute führt. Dort genießt er das uneingeschränkte Vertrauen aller angeschlossenen Organisationen.

Politisch betätigte sich Hartmann schon stark im Demokratischen Verein in Düsseldorf, dessen Vorsitzender er war. Wir erinnern uns an große Wahlversammlungen in der Düsseldorfer Tonhalle, wo Hartmann präsiidierte und wo auch die nicht dem Arbeiterstand angehörigen Besucher mit Respekt auf den Schloffer saßen, der so temperamentvoll den Vorsitz führte und den demokratischen Gedanken vertrat. In Berlin war er kurze Zeit als Stadtverordneter tätig. 1919 wurde er als Vertreter des Wahlkreises Berlin neben Friedrich Raumann zur Nationalversammlung in Weimar gewählt. Seit 1920 gehört er dem Preussischen Landtag an, wo er die sozialpolitischen Fragen als Spezialgebiet bearbeitet.

Wir haben dem Jubilar unsere Glückwünsche am 24. 2. bereits übermittelt und wünschen ihm noch einen langen Lebensabend. Sein ganzes Leben war ein aufreibender Kampf für die Arbeiterinteressen; umso mehr freuen wir uns, daß er noch heute in der vordersten Reihe steht, wo er die Achtung aller Menschen genießt.

M. Sch.

Paul Krüger 25 Jahre Angestellter.

Der Vorsitzende des Gewerbevereins der Bekleidungsarbeiter

Paul Krüger

konnte am 1. März d. J. auf seine 25 jährige Tätigkeit als Angestellter seiner Organisation zurückblicken. Uns verbindet mit diesem wackeren Kämpfer wahrhaft innere Verbundenheit. Diese wirkt sich nicht nur im persönlichen Umgang, sondern auch in den einzelnen Ortsvereinen aus. Mit außerordentlicher Begeisterung konnten wir stets feststellen, daß zwischen den Holzarbeitern und Bekleidungsarbeitern die schönste Harmonie herrschte, die nicht zum kleinsten Teil der Einwirkung des Jublars zu verdanken ist.

Paul Krüger ist aus kleinen Anfängen hervorgegangen. Am 25. März 1875 zu Thorn geboren, verlor er früh seinen Vater. Sein Stiefvater übte das das erbbare Schneiderhandwerk in Danzig aus und so war es kein Wunder, wenn auch er den gleichen Beruf ergriff. Hier lernte er aber auch zugleich das Elend und den Jammer der Heimarbeit kennen. Wenn er heute in seiner Stellung sich so warm für die Heimarbeiter einsetzt, so haben seine Kinder- und Lebensjahre ohne Zweifel reichhaltige Spuren in seinem Gemüt hinterlassen.

In Danzig lernte er auch frühzeitig die deutschen Gewerbevereine kennen und bereits als jungen Schneider sehen wir ihn in den vordersten Reihen mit gleichgesinnten Kollegen für die Verbesserung der Lebenshaltung kämpfen.

Am 1. 8. 1906 übernahm der Jubilar die Stelle eines Agitationsleiters, um später das verantwortungsvolle Amt als erster Vorsitzender und Redakteur zu übernehmen. Erfolg und Enttäuschung wie es seine Stellung mit sich bringt, sind auch seine Begleiter gewesen doch haben ihn dieselben nie aus dem Gleichgewicht bringen können. In dieser Zeit der schweren Wirtschaftskrise werden besonders hohe Anforderungen an die verantwortungsvollen Persönlichkeiten gestellt, möge diesem wackeren Kämpfer vergönnt sein, in nicht allzuferner Zeit den wirtschaftlichen Aufschwung zu erleben.

Wir bringen dem Jubilar an dieser Stelle die aufrichtigsten Glückwünsche zu seinem Ehrentage entgegen.

Die Führer der gewerkschaftlichen Spitzenverbände beim Reichspräsidenten.

Die Vorstände des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des IFA-Bundes, des Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Gewerkschaftsbundes Deutscher Arbeiter, Angestellter- und Beamtenverbände sind beim Reichspräsidenten vorstellig geworden, um ihm in einer Aussprache die ersten Besorgnisse der Gewerkschaften über die Lage der deutschen Arbeiterschaft und die Not der Erwerbslosen vorzutragen. Die Vertreter der Spitzenorganisationen der deutschen Gewerkschaften aller Richtungen haben ihre Auffassung über die Lage der Wirtschaft und ihre Forderungen zur Beseitigung der Not der Arbeiter und Angestellten der arbeitenden wie der erwerbslosen, die in einer gemeinsamen schriftlichen Willensäußerung zusammengefaßt und zur Kenntnis des Reichspräsidenten gebracht. Die Rundgebung lautet:

Die unterzeichneten Spitzenorganisationen der Arbeiter und Angestellten möchten die Aufmerksamkeit des Herrn Reichspräsidenten auf die überaus bedrückte Lage der deutschen Arbeitnehmer richten. Bei aller Würdigung der schwierigen Lage anderer Berufsklassen bleibt doch unbestreitbar, daß Not und Elend nirgends so groß sind, wie bei den fünf Millionen Erwerbslosen und deren Familien. Aber auch die Lebenshaltung der Arbeitenden ist so stark eingeschränkt, daß Arbeitsfähigkeit und Arbeitswille, Gesundheit und Wirtschaft des deutschen Volkes darunter aufs schwerste leiden. Unsere größte Sorge ist die um

das Schicksal der unfreiwillig Arbeitslosen

Bornehmste Gegenwartsaufgabe ist die Wiedereinführung dieser Millionen in den Produktionsprozeß. Die bisherigen Maßnahmen haben sich als unzulänglich erwiesen; einige davon, in erster Linie die vielfach schematisch durchgeführte Lohnsenkung, als schädlich. Nicht zuletzt in Auswirkung der Kaufkraft verringern den Lohnsenkung ist die Zahl der Arbeitslosen gestiegen. Die Einstellung der von den deutschen Unternehmern und amtlicherseits getriebenen Lohnsenkungspolitik ist eine der

ersten Voraussetzung zur Gesundung der Wirtschaft

und zur Beruhigung der deutschen Arbeitnehmer. Wir anerkennen, daß die schwierige Lage der deutschen Wirtschaft und der Arbeitnehmer auch durch Ereignisse herbeigeführt worden ist, die zu beseitigen außerhalb der für Deutschland gegebenen Möglichkeiten liegt. Um so mehr ist notwendig, daß innerhalb der uns gezogenen Grenzen mit äußerster Energie an der Beseitigung aller Störungen der Wirtschaft gearbeitet wird. Das ist unserer Auffassung nach noch nicht im erforderlichen Maße geschehen.

Soweit der Abbau der Preise in Frage kommt, vollzieht er sich langsamer als die Senkung der Löhne und Gehälter. Auf weiten Gebieten ist

ein Zurückgehen der Preise noch kaum sichtbar.

Hier liegen noch unausgeschöpfte Möglichkeiten zur Konsumbelebung. Die Arbeitsbeschaffung durch die öffentliche

Hand wird gehemmt durch Zuständigkeitsstreitigkeiten zwischen den beteiligten Verwaltungen, die sich praktisch als Erschwerung der zuzähligen Arbeitsbeschaffung auswirken und deshalb beseitigt werden müssen. Die Erhöhung des Inlandsverbrauchs als eines der bedeutendsten Mittel zur Steigerung des Beschäftigungsgrades, bedingt auch nach unserer Meinung eine kaufkräftige Landwirtschaft, deren Schutz aber innerhalb der Grenzen zu bleiben hat, die von der Rücksicht auf unseren industriellen Export und auf die Lebenshaltung der breiten Massen gezogen werden müssen. Wir sehen uns deshalb genötigt, darauf hinzuweisen, daß die gegenwärtig vorliegenden agrarpolitischen Pläne

über diese Grenzen teilweise weit hinausgehen und unseres Erachtens abgelehnt werden müssen. Bis zur vollen Beschäftigung des deutschen Produktionsapparates muß, um einen größeren Teil der unfreiwillig Arbeitslosen wieder in geregelte Tätigkeiten zu bringen,

die Arbeitszeit wesentlich verkürzt, möglichst auf regelmäßig 40 Stunden gesenkt

werden. Die dazu notwendigen Voraussetzungen sind unter Sicherung der Massentaufkraft mit größter Beschleunigung herbeizuführen.

Als eine unbedingte Notwendigkeit sehen wir die Erhaltung eines rechtlich gesicherten Anspruchs auf ein Existenzminimum für die arbeitslosen Volksgenossen an. Voraussetzung dazu ist die Erhaltung der Arbeitslosenversicherung mit gesteigerter Leistungsfähigkeit und die ausreichende Finanzierung einer anschließenden Fürsorge.

Mit besonderem Nachdruck erlauben wir uns die Aufmerksamkeit des Herrn Reichspräsidenten auf die Angriffe zu lenken, die gegen die tarifvertraglich Regelung der Arbeitsverhältnisse, das Schlichtungswesen einschließlich der Verbindlichmachung von Schiedssprüchen und gegen die Sozialversicherung geführt werden.

Die deutsche Arbeitnehmerschaft kann und darf nicht dulden, daß ihr Mitbestimmungsrecht bei der Gestaltung der Arbeitsverhältnisse und das Anrecht auf gesetzlich gewährleisteten Schutz im Falle unverschuldeter Leistungsunfähigkeit angetastet wird.

Die Spitzenverbände der Arbeitnehmer haben den dringenden Wunsch, daß alle Schritte, die zur Beseitigung der Not der deutschen Arbeitnehmer erforderlich sind, im Einverständnis mit allen daran beteiligten Kreisen mit Beschleunigung durchgeführt werden. Die deutschen Arbeitnehmer haben seither stärke Opfer gebracht. Sie müssen es aber, als dem Gesamtwohl widersprechend, ablehnen, im Mißverhältnis zu anderen Volksschichten über ihre Kraft hinaus mit den Folgen der wirtschaftlichen Krise belastet zu werden.

Siemens-Konzern zahlt 14 Prozent Dividende.

In den Generalversammlungen der Siemens und Halske A.-G. und der Siemens-Schuckert-Werke A.-G. wurden die Dividenden von 14 Prozent für Halske und von 7 1/2 Prozent für Schuckert beschlossen.

Herr von Siemens glaubte offenbar nach außen hin die Ausschüttung dieser Dividende rechtfertigen zu müssen, denn er führte dazu aus, daß man mit der stabil gehaltenen Dividende die Aktionäre befriedigen wollte, die nicht wegen der Kurspekulation, sondern wegen der Rente Siemens-Aktien erwerben und daß man sich bemühen müsse, diejenigen nicht zu enttäuschen, die uns ihr Geld zur Verwertung gegeben haben. Herr von Siemens vertritt demnach den Standpunkt, daß den Aktionären unter allen Umständen, selbst unter dem stärksten Lohndruck eine hohe Dividende verschafft werden muß.

Diese Lohn- und Profittheorie will Herr von Siemens etwas verschleiern, indem er ausführt:

„Der Industrielle hat das größte Interesse“ an ausreichenden, ja hohen Gehältern und Löhnen des in abhängiger Stellung befindlichen weitüberwiegenden Teiles der erwerbstätigen Bevölkerung. Man hat nicht bedacht und auch keine Warnungen gehört, daß hohe Ausgaben der öffentlichen Hand, die doch der Verbesserung des Lebensstandards des Volkes dienen sollen und die Abnahme der Sorge durch den Staat für das Wohl des einzelnen in Not und Alter bezwecken, eine sehr starke Drosselung des baren Einkommens der arbeitenden Bevölkerung bedeuten müssen. Für die Preiskalkulation ist es unerheblich, unter welchem Konto die Ausgaben entstehen, ob sie als Steuern, soziale Ausgaben oder als Lohn verbucht werden. Allein die Summe, nicht die Unterteilung ist maßgebend. Hohe Staats- und Sozialausgaben bedeuten niedrige Löhne, das ist ein Gesetz, gegen das keine Theoretiker, Sozial- oder sonstiger Politiker handeln kann, ohne daß diejenigen darunter am stärksten zu leiden haben, in deren vermeintlichem Interesse dieser unnatürliche Zwang der Wirtschaft auferlegt wird.“

Nach der Ansicht des Herrn von Siemens haben wir alle Mitleid in der deutschen Wirtschaft der gewerkschaftlichen Lohnpolitik bezw. der Lohn- und Sozialpolitik überhaupt zu verdanken. Das sagt Herr von Siemens, nachdem sich die Gewinne seines Konzerns auf das Mehrfache erhöht haben, nachdem heute der 800-Millionen-Umsatz mit 113 000 Arbeitern bewältigt wird, während er für einen 500-Millionen-Umsatz noch 112 000 Arbeiter brauchte, das sagt er nach einem Abbau von 24 000 Arbeitern und Angestellten in derselben Zeit, in der man die Dividende auf 14 Prozent stabilisiert! Für Herrn von Siemens gilt eben, als Ziel ob Konjunktur oder Krise herrscht, die Stabilität des Profits.

Hungersnot arbeitsloser Deutscher in Amerika.

Ueber die Not arbeitsloser Deutscher in Amerika bringt eine New Yorker Zeitung folgenden interessanten Bericht, aus dem zu entnehmen ist, daß auch dort die Arbeitslosigkeit eine ungeheure Not erzeugt hat. Es heißt dort:

Der durch das Arbeitslosenproblem geschaffene Notstand hinter unseren deutschen Einwanderern wie auch vielen eingewanderten Deutschamerikanern hat einen Höhepunkt erreicht, der sofortige, umfassende Hilfsmassnahmen gebietet, wenn die in größte Bedrängnis geratenen Landleute vor dem Verhungern bewahrt bleiben sollen.

Je schneller diese Hilfe kommt, desto besser! Niemand scheint vor dem drohenden Gespenst der Erwerbslosigkeit sicher zu sein. Wer heute noch sein Auskommen hat, ist morgen vielleicht schon in der langen Reihe jener zu finden, die dem bittersten und zugleich aussichtslosen Kampfe um ihre Existenz preisgegeben sind. Ausichtslos dann, wenn brüderliche Hilfe der vom Schicksal Begünstigten nicht umgehend in die Bresche springt.

Neben der Frage der Arbeitsbeschaffung gilt es vor allem, die buchstäblich auf die Straße Geworfenen zu beköstigen und ihnen ein Obdach zu besorgen. Und das letzte Problem ist wiederum das aktuellste, denn ein Erwerbsloser mag in dieser Niesenstadt, wie ein blindes Huhn, hin und wieder einen Brotsamen finden, aber es wird ihm schwer fallen, in diesen froststarrten und regenfeuchten Nächten einen Platz zu ergattern, wo er seine vom erfolglosen Umherwandern auf der Suche nach Arbeit müden Glieder ausstrecken kann.

Hunderte warten.

Von der Dringlichkeit einer Hilfsaktion, wie sie soeben von der Deutsch-amerikanischen Konferenz eingeleitet worden ist, bekommt man ein anschauliches und zugleich erschütterndes Bild, wenn man morgens um 10 Uhr oder nachmittags um zwei dem Arbeitsnachweis der Deutschen Gesellschaft der Stadt New York, Central Savings Bank Bldg., 14 St. und 4. Ave., einen Besuch abstattet, wo jetzt auch die D. A. Konferenz ein Zimmer (Nr. 319) inne hat. In zwei langen Schlangen, rechts und links ein Häusergeviert weit, stehen dort Hunderte von Menschen und warten auf eine Gelegenheit, um im Fahrstuhl nach dem Vermittlungsbüro hinaufzufahren.

So groß ist der Andrang, daß man sich genötigt sah, Privatpolizisten anzustellen. Aber der freundliche Hüne in der grauen Uniform, Herr Frank Sert, ein Wiener Kaufmaler, hat wie alle Niesen ein mitleidendes Herz und ist kein hartes Gesetzeswächter, sondern der Vertraute dieser Hilfslosen. Herzbrechende Dinge weiß er zu erzählen von dem Elend, das da täglich an ihm vorüberzieht. Manchem hat er schon geholfen und unter der Hand einen „Job“ verschafft.

Aber es sind ihrer zu viele, die in diesen Tagen vor Weihnachten keine Arbeit haben. Am gestrigen Montag konnte Herr Albert Doffert, der Geschäftsführer der Deutschen Gesellschaft, nur drei Stellen nachweisen, für die junge Leute gesucht wurden. Alle übrigen mußten wiederum, ohne Hoffnung auf eine Besserung ihrer Lage, abziehen. Um zwei Uhr stellen sie sich dann nochmals ein, und sie ahnen schon im Voraus, welches trostloses Resultat es haben wird. Seit Tagen, seit drei, vier Wochen, ja sogar schon seit Monaten unternehmen sie diesen Schmerzensgang.

Im Heer der Hilfsuchenden.

Die Hilfsuchenden zerfallen in drei Kategorien. Einmal sind da die Alten, Kranken und Siechen, erwerbslose Familien mit Kindern, die auf direkte Wohltätigkeit angewiesen sind. Ihnen gilt an erster Stelle die Samaritertätigkeit, welche die Deutsche Gesellschaft mit ihren beschränkten Mitteln ausübt.

Dann sind da die seit längerer Zeit Arbeitslosen, unterernährt, dürftig gekleidet und schon mit den deutlichen Zeichen des Verfalls.

Ihnen folgen rüstige und noch gut gekleidete Männer mit noch zuverlässlichem Blick in den Augen. Es sind solche, die erst seit kurzer Zeit keine Arbeit haben und augenblicklich noch von den mageren Erparnissen zehren. Aber wie lange wird es dauern, dann sind auch die aufgebraucht. Krankheit stellt sich nur zu bald ein bei diesem aussichtslosen und aufreibenden Leben, und wenn sie wieder gesund sind, reihen sie sich ganz von selbst ein in die Kategorie der „Down and out“, der ganz Hoffnungslosen.

Neulinge in der Fremde.

Die meisten Arbeitslosen sind junge und kräftige Männer, die sich erst seit einem Jahre oder noch weniger im Lande befinden. Sie beherrschen nur mangelhaft die Landessprache, kennen die Verhältnisse in ihrer neuen Heimat noch nicht und sind daher dem Schicksal am meisten preisgegeben. Frauen befinden sich unter den Arbeitslosen in der Minderheit, und der Nachweis kann ihnen, selbst älteren, meist Beschäftigung verschaffen. Dringend erwünscht aber sind Arbeitsstellen für Männer.

Unter den Arbeitslosen sind alle Berufsarten vertreten, Handwerker, wie Fleischer, Tischler, Mechaniker usw. Aber auch Eisendreher, Elektrotechniker und Leute aus der Hotelbranche. Früher konnten sie im Notfalle noch als Geschirrwäscher unterkommen. Nun ist ihnen aber auch dieser Ausweg verschlossen.

„Als Bettler sind sie nicht gekommen.“

Besonders eklatant ist der Fall eines jungen Elektrotechnikers. Vor nicht ganz einem Jahre kam er mit seiner Frau und zwei Kindern herüber. Vor vier Wochen hat sich die Familie um ein weiteres Baby vergrößert.

Drüben beand er sich in guten Umständen, hatte ein eigenes Geschäft mit Lehrlingen im Berliner Westen. Schließlich verlor er alles und suchte seine Zuflucht in der neuen Welt. Seit Monaten ist er schon außer Arbeit. Drei Tage hat er einmal, als Tischler geschäft. Nun ist es wieder aus. Er ist bleich und abgemagert, seine Kleidung verfallend. Er zittert am ganzen Körper. Aber er ist nicht zu bewegen. Unterstützung anzunehmen. Arbeit ist alles, was er sucht. Jetzt hat er sich einen Apparat ausgedacht, mit dem er Kartoffelpuffer warm halten will. Seine Frau wird sie backen, und er gedenkt sie an der Straßenkante zu verkaufen. Gestern erschien er, um eine Auskunft zu haben, wie er sich eine Verkaufs-erlaubnis beschaffen kann.

Geistige Arbeiter am schlimmsten dran.

Wie immer, ist der Intellektuelle der sogenannten Strohstragenproletariat, am schlimmsten dran. Ein Doktor der Nationalökonomie ist bereit, irgend eine Beschäftigung anzunehmen. Ein früherer Rittergutsbesitzer hat alle seine Habseligkeiten verkauft, und nun steht er vor dem Mißs. Böse sieht es aus, um diejenigen aus, die drüben Kaufleute waren. So könnte man endlose Seiten mit den Schicksalen dieser Bedauernswerten füllen.

Bezeichnend für die Lage der Altersschwachen, Kranken und Siechen ist der Fall einer 76-jährigen Witwe, die seit 32 Jahren an ein und derselben Stelle arbeitete, jetzt aber zu alt dazu ist. Ihr Sohn hat ein Krebsleiden und ist gleichfalls erwerbsunfähig. Eine andere Witwe, die, wenn sie arbeitet, 15 Dollar in der Woche verdient, liegt krank darnieder. Ihr Tochter bedarf sie für die Pflege; ihr Sohn ist blind.

Wer noch ein Herz im Leibe hat, muß zutiefst erschüttert sein von all diesem menschlichen Elend, das er da zu sehen und zu hören bekommt. Aber wie viele sind zu stolz, um öffentliche Unterstützung in Anspruch zu nehmen? Deshalb sollte es unser aller vornehmste Pflicht sein, hier nach besten Kräften zu helfen.

Auf die Notwendigkeit der Arbeitsbeschaffung wurde schon hingewiesen. Gerade hier ist private Hilfe notwendig, da Erwerbslose bittere Klage darüber führen, daß ihnen häufig ihre letzten Barmittel aus der Tasche gelockt werden, ohne daß man ihnen Arbeit verschafft hätte. (Durch Agenturen.)

Wie Herr Boffert mittelst, ist die Deutsche Gesellschaft allen deutschen Landsleuten zu Dank verbunden, die eine Arbeitsgelegenheit nachweisen können. Mancher Haus-Superintendent braucht vielleicht einen Handwerker. Viele deutsche Hausbesitzer haben bisher ihre Ausbesserungsarbeiten selbst verrichtet. Wohl, hier ist eine Gelegenheit, einem Hungernden die Möglichkeit zum Zuteil zu geben.

Vor allem aber ist dringende Hilfe durch schnelle Ueberführung von Barmitteln notwendig. Die deutsche Gebefreudigkeit, die schon so oft und mit so großartigen Resultaten in Anspruch genommen wurde, sollte diesmal wo es vielleicht am notwendigsten ist, nicht versagen.

Jeder schicke sein Scherlein — groß oder klein — an die folgende Anschrift:

German-American Conference Relief Fund,
c/o Staats-Herold Corporation,
P. O. Box 1207,
City Hall Sta.,
New York City, N. Y.

Lohnsteuererstattungen

für 1930 müssen spätestens bis zum 31. März 1931 beantragt werden.

Anträge, die später eingehen, werden unter allen Umständen abgelehnt. Die Anträge können von allen Arbeitnehmern gestellt werden, welche im Kalenderjahr 1930 mindestens 4 RM. Lohnsteuer entrichtet haben. Sie kommen jedoch nicht in Frage für solche Arbeitnehmer, deren Gesamteinkommen aus Arbeit und Vermögen RM. 8000,— übersteigt, wobei die Höchstgrenze für das nicht aus Arbeit stammende Einkommen 500 RM. ist, oder deren nur aus Arbeit hervorgehendes Einkommen höher ist als 9200 RM. jährlich.

Als Voraussetzung für den Erstattungsantrag können folgende Tatsachen gelten:

1. Wenn infolge Verdienstausfalles, z. B. teilweiser Arbeitslosigkeit, Krankheit, Ausperrung usw., die steuerfreien Lohnbeträge von 1200 RM. und die nach dem Familienstande freibleibenden Beträge (vergl. unten Tabelle A) nicht in vollem Umfange berücksichtigt worden sind.

2. Wenn im Jahre 1930 die Leistungsfähigkeit durch besondere wirtschaftliche Verhältnisse wesentlich beeinträchtigt worden ist, z. B. im Falle außerordentlicher Bekämpfung durch Unterhalt und Erziehung der Kinder, mittellose Angehörige, Krankheit, Körperverletzung, z. B. Kriegsbeschädigung, Verwundung, Unglücksfälle), sofern dies nicht schon durch eine Anhang des Jahres gewährte Erhöhung des steuerfreien Lohnbetrages berücksichtigt wurde.

3. Wenn ohne Vorliegen der unter 1. und 2. bezeichneten Voraussetzungen im Jahre 1930 vom Arbeitslohn Steuerabzugsbeträge einbehalten worden sind, obwohl der Arbeitslohn weniger als die im Gesetz vorgesehenen Freibeträge (vergl. Tabelle A) ausgemacht hat.

Der Erstattungsantrag muß bei dem Finanzamt, in dessen Bezirk der Arbeitnehmer am 10. Oktober 1930 wohnte, gestellt werden. Dieses liefert auf Anforderung auch die nötigen Antragsformulare für die oben unter 1. genannten Fälle. Darin sind Angaben über die Woh-

nung am 10. Oktober 1929 und 10. Oktober 1930, den Zeitraum der Beschäftigung unter Angabe des Arbeitgebers, des Bruttoarbeitslohnes und des Steuerabzuges, über den Verdienstausfall, Grund des Verdienstausfalles (Krankheit, Erwerbslosigkeit usw.) und sonstigen Einnahmen (außer dem Arbeitslohn) vorgelesen. — Bei einem Antrag nach Ziffer 2 müssen neben den Angaben zu 1 die besonderen Verhältnisse eingehend geschildert und durch Belege (Rechnungen usw.) über die Höhe der besonderen Aufwendungen nachgewiesen werden. In diesen Fällen ist auch die Höhe des Arbeitslohnes der Ehefrau nachzuweisen. Außerdem sind folgende Unterlagen beizufügen:

1. Die Steuerkarte für 1930 mit den Einlagebogen oder einer Bescheinigung des Finanzamtes über die bereits erfolgte Ablieferung.

2. Eine Bescheinigung des Arbeitgebers über die Höhe des Arbeitslohnes, die einbehaltene Lohnsteuer ev. die Zeit der Krankheit, Arbeitslosigkeit usw.

3. Bei Krankheit eine Bescheinigung der Krankenkasse, bei Erwerbslosigkeit die Erwerbslosenkarte, eine Bescheinigung des Arbeitsamtes oder der Stellenvermittlung eines Berufsverbandes, bei der der Erwerbslose eingetragen war.

Die Erstattung erfolgt auf Grund nachstehender Richtlinien:

1. Es kann niemals ein höherer Betrag erstattet werden, als im Kalenderjahr 1930 an Lohnsteuer entrichtet worden ist.

2. Wenn infolge Verdienstausfalles durch Krankheit oder Arbeitslosigkeit die Freibeträge der Tabelle A nicht in vollem Umfange erreicht wurden, werden für jede volle Woche des Verdienstausfalles, die sich aus der untenstehenden Tabelle B ergebenden Beträge zurückvergütet.

3. Bei besonderen wirtschaftlichen Verhältnissen setzt das Finanzamt den Erstattungsbetrag nach pflichtgemäßem Ermessen fest.

4. Falls trotz Nichterreicherung der Freigrenze (Tabelle A) Lohnsteuer einbehalten ist, wird der ganze einbehaltene Steuerbetrag erstattet.

5. Jahresbeträge unter 4 RM. werden nicht erstattet. Wenn die Entscheidung des Finanzamtes über den Erstattungsantrag nicht den Erwartungen des Arbeitnehmers entspricht, so kann er binnen einem Monat nach Bekanntgabe der Entscheidung Einspruch bei dem gleichen Finanzamt erheben.

Tabelle A			Tabelle B		
Anzahl der Kinder	Jahresfreibeträge bei Arbeitnehmern mit Ehefrau	ohne Ehefrau	Anzahl der Kinder	Für jede volle Woche des Verdienstausfalles sind zu erstaten b. Arbeitnehmern mit Ehefrau	ohne Ehefrau
0	1320	1200	0	2,—	ohne mit Ledigenzusch. 1.80 2,—
1	1440	1320	1	2.20	
2	1680	1560	2	2.60	
3	2160	2040	3	3.55	
4	2880	2760	4	5,—	
5	3840	3720	5	6.95	
6	4800	4680	6	8.95	
7	5760	5640	7	10.75	
8	6720	6600	8	12.70	

Aus den Ortsgruppen.

Breslau. In der Ortsverbandsmitgliederversammlung der deutschen Gewerkschaften (Hirsch-Dunder), die am 27. Januar 1931 im Kaufmannsheim, Schußbrücke 50-51 stattfand, hielt der Leiter des Berufsamtes Herr Dr. Geißler einen sehr interessanten Vortrag mit Lichtbildern, der mit großem Beifall aufgenommen wurde und am Schluß eine lebhafte Aussprache hervorrief. Der Vortrag brachte einen ausführlichen Querschnitt durch das Arbeitsgebiet der Berufsberatung und Lehrstellenvermittlung. Das Berufsamt Ursulinerstr. 27-28 steht allen Rat suchenden unentgeltlich zur Verfügung. Sprechstunden für gewerbliche und kaufmännische Berufsberater sind für das Winterhalbjahr festgesetzt: Montag, Mittwoch, Freitag von 10-14 Uhr, Dienstag und Donnerstag von 15-18 Uhr (Sonntags geschlossen).

Bei der heutigen großen Arbeitslosigkeit ist der Besuch des Berufsamtes allen Eltern und Jugendlichen sehr ans Herz zu legen, damit nicht durch Wahl eines für den Jugendlichen ungeeigneten Berufes unnütz Zeit und Geld verloren geht. Die wirtschaftliche Not zwingt viele Erwachsene durch Berufswechsel bzw. Umschulung einen neuen Beruf zu ergreifen. Auch hier ist das Berufsamt durch seine enge Verbindung mit dem Arbeitsamt (Arbeitsvermittlung), der Industrie- und Handelskammer, der Handwerkskammer, den Innungen usw. in der Lage, nicht nur für Breslau, sondern durch den zwischenbezirklichen Ausgleich über die Grenzen des Arbeitsamtsbezirkles mit Rat und Tat vermittelnd einzutreten. Die Bilsfertigkeit der Berufsamtstätigkeit, die der Vortragende in einem einhalbstündigen Vortrage skizzierte, läßt sich in einem kurzen Bericht nicht wiedergeben. Wir machen es unserer organisierten Arbeiterschaft zur Pflicht, als Eltern und Pflegebefohlene, die vorhandene amtliche Stelle, das Berufsamt, in jedem Falle im Interesse der Jugendlichen zu benutzen. Da die augenblickliche Wirtschaftskrise durch die Konjunkturschwächen den vorübergehenden Notzustand in den Vordergrund rückt, ist eine Erkennung der langfristigen Veränderungen des Wirtschafts- und Produktionsgefüges, die viel wichtiger sind bei der

Berufswahl, sehr erschwert. Gerade diese strukturellen Einflüsse erfordern, daß der Arbeit des Berufsamtes mehr Aufmerksamkeit geschenkt wird, worauf wir ausdrücklich hinweisen, da leider nicht alle Kollegen es für ihre Pflicht hielten, am Vortragsabend zu erscheinen.

Ummendorf. Der Ortsverein hielt am Sonntag, den 8. Februar 1931 seine Generalversammlung ab, die gut besucht war. Vorf. Koll. Schwarzmann eröffnete die Versammlung mit der Begrüßung der erschienenen Kollegen und des Koll. Klopfer-Ulm und gibt die Tagesordnung bekannt. Hierauf gibt der Vorsitzende den Tätigkeitsbericht des vergangenen Jahres und anschließend erstattet der Kassierer Kollege Bühren den Kassenbericht. Trotz der schweren Zeit und der großen Arbeitslosigkeit ist der Bestand in der Lokalkasse ein sehr ansehnlicher, aus dem den Kranken- und arbeitslosen Kollegen Sonderunterstützung gewährt wird. Vorsitzender dankte dem Kassierer für seine musterghällige Buch- und Kassenführung und die mühevollen Arbeit. Dem gesamten Vorstand wird Entlastung erteilt von der Versammlung.

Punkt Neuwahl ist rasch erledigt, der bisherige Vorstand wurde wiedergewählt und erklärte sich bereit hierzu. Als Schriftführer wurde der Kollege Scheffold hinzugewählt. Kollege Klopfer hält einen sehr lehrreichen Vortrag über: Notverordnung und Sozialversicherung. Redner erläutert an Hand von Beispielen die Auswirkung derselben und gibt den Kollegen wichtige Fingerzeige. Er geht dann über auf den so wichtigen Kampf in der Holzindustrie und die bevorstehenden Verhandlungen für die südbayerische Holzgewerbeindustrie. Mit der Mahnung: der Organisation die Treue zu halten und in der Agitation alles aufzubieten was zur Stärkung unseres Gewerkschaftsbeitrages beiträgt, schließt Redner seinen ausführlichen lehrreichen Vortrag ab. Weiter gibt Kollege Klopfer noch sehr wichtige Ausführungen bezüglich der Steuerrückzahlung und Antragstellung hierzu, und weist die Kollegen besonders auf den Termin vom 31. März 1931 hin. Redner behandelt auch noch eingehend die Frage der bevorstehenden Betriebsratswahlen. Die gestellten Anfragen wurden zur Zufriedenheit der Kollegen beantwortet. Hierauf schließt der Vorsitzende die gutverlaufene Generalversammlung mit dem Appell an alle Kollegen zu reger Mitarbeit und Mitgliederwerbung.

R. Sch.

Weißenhorn. Der Ortsverein hielt am Sonntag, den 22. Februar 1931 seine Mitgliederversammlung ab, bei der auch Kollege Klopfer von Ulm anwesend war und einen Bericht gab über den Lohnverhandlungen für die Sägewaldindustrie, von Oberbayern und Schwaben. Nach mehreren Verhandlungen ist möglich gewesen, für dieses Gebiet durch eine Vereinbarung wieder geordnete Lohnverhältnisse zu schaffen. Redner berichtete auch von dem Kampf in der Holzindustrie und der am 17. Februar für Bayern abgeschlossenen Vereinbarung, womit nun auch für Bayern der Kampf abgeschlossen ist. An dem geschlossenen Willen der Holzarbeiter ist der Anschlag der Arbeitgeber auf Lohn- und Tarifvertrag gescheitert. Kollege Klopfer behandelt noch die Frage der bevorstehenden Betriebsratswahlen und die der Steuerrückzahlung und gibt den Kollegen die notwendige Aufklärung hierzu. Mit dem Appell an die Kollegen zu reger Mitarbeit und Agitation kann der Bericht des Vorsitzenden die sehr gut besuchte Versammlung schließen. Sch.

Sprechmaschinen-Laufwerke

nur Qualität.

M. Bopp, Hanau u. Main, Huttenstraße 3.

Hobbybänke 70 RM.

2 m lg. kompl. Stahlsp., la Qualität, Blatt beste ged. Roth. Preisliste gratis. Karl Ramisch, Pirna, Artilleriekaserne 6.

Unserem lieben Kollegen Otto Bode nebst Gemahlin zu ihrer am 15. Februar 1931 stattgefundenen

grünen Hochzeit

die herzlichsten Glück- und Segenswünsche. Der Vorstand des Gewerkschaftsvereins Deutscher Holzarbeiter Ortsverein Banse.

Nachruf.

Am 21. Februar 1931 verstarb unser treuer Kollege

Gustav Brettner.

Sein biederer Geist und sein ständiges Interesse für unsere Gewerkschaftsangelegenheiten sichern ihm ein dauerndes Andenken.

Der Vorstand und die Kollegen des Ortsvereins Frankfurt Ober.